

Zum Schreiben Fraktionsaustritt 28.04.2016

Für die weitere Arbeit im Ortsrat würde ich mir wünschen das die Interessen der Bürger und örtliche Aufgaben mehr in den Vordergrund rücken.

Parteilpolitische und persönliche Interessen sind den Bedürfnissen und Ansprüchen der Mehrheit der Bürger unterzuordnen.

Unrechtmäßige Bevorteilung von Einzelnen zu Lasten der Allgemeinheit dürfen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Gleichbehandlung der Bürger/Anlieger. Die guten Beziehungen Einzelner zu Politik und Verwaltung dürfen keinen Einfluss auf Entscheidungen nehmen. Es ist nach sachlichen, fachlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu entscheiden.

Anmerkungen:

Die Mehrheit der Bürger / Steuerzahler finanziert den Mitarbeitern der Verwaltung einen sicheren und gutbezahlten Arbeitsplatz.

Der Politik werden vom Bürger großzügige Aufwandsentschädigungen gezahlt.

In den Politischen Gremien, Stadtrat und Ortsräte, sind Beamte, Lehrer, Juristen, Doktoren und andere Berufsgruppen vertreten.

Auch die Verwaltung ist mit Fachpersonal besetzt z.B. Ingenieure, diverse Fachangestellte und auch mit einem Justitiar.

Beide, Verwaltung und Politik, geben an, zum Wohl der Bürger (Stadt) zu handeln und gesellschaftliche Werte zu vertreten.

In meinem Schreiben an den Ortsrat ist an einem Beispiel zuerkennen, dass die Mehrheit der Bürger in der Sache rechtlich und sachlich vorsätzlich nicht korrekt abgerechnet werden.

Eine Minderheit wurde nachweislich zu Lasten der Mehrheit unrechtmäßig bevorteilt.

Der Bürger musste zweimal klagen, auch die 2. Abrechnung war Fehlerhaft, um halbwegs korrekt behandelt zu werden.

Nach meinem Kenntnisstand handeln Politik und Verwaltung noch immer nach dem Prinzip „Mindestens 75%, natürlich mit Ausnahmen, wem das nicht gefällt, der kann ja klagen“.

Der Justitiar der Verwaltung hat sich sehr bemüht die schon nachgewiesene falsche Abrechnung

im Sinne von Politik und Verwaltung, gegen den Bürger, zu vertreten.

Frage an die Verwaltung:

Arbeitet der Justitiar um Fehler von Politik und Verwaltung gegen den Bürger zu vertreten?

Fragen an die Politik:

CDU: Herrn Porscha

SPD: Herrn Lühring

Grüne: Herr Dr. Kass

- 1. Welche Gründe gab und gibt es den Bürger nicht nach rechtlichen und sachlichen Gesichtspunkten Gleichzubehandeln?**
- 2. Wer setzt sich dafür ein, dass diese Vorgehensweise nicht mehr vorkommt?**
- 3. Wer informiert den Bürger über diese unrechtmäßige Vorgehensweise? Neustadts Presse berichtet leider nicht über diese Art von Politik und Verwaltungsarbeit!**
- 4. Wie stehen die Parteigremien zu dieser Vorgehensweise?**
- 5. Wie sieht die Vorgehensweise in Zukunft aus?**

Ich bitte um Beantwortung der Fragen bis Ende Oktober 2016.

Für Fragen zu den Punkten stehe ich gerne zur Verfügung.



Wolfgang Meier

Eingang: 08.09.2016

Anlagen:

- | | |
|---|----------|
| 1. Zum Schreiben Fraktionsaustritt | 2 Seiten |
| 2. Sehr geehrte Mitglieder des Orsrates Schneeren | 2 Seiten |
| 3. Ortsratssitzung 08.09.2016 | 1 Seite |

Erhalten am 08.09.2016
